



Qualifizierte Beratungsarbeit für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI)



Dokumente
lesbisch-schwuler
Emanzipation

31

Inhalt

Einleitung	3
Worum geht es?	3
Ziel-Standards / Ist-Standards	3
Entwicklungsprozess der ggLw-Projekte	3
Struktur und Rahmen	5
1.1 Vor der Beratung	5
1.2 Barrierefreiheit	6
1.3 Finanzierte Stellen	7
1.4 Ehrenamt	7
1.5 Homepage.....	7
1.6 Gremien, Vernetzung.....	7
1.7 Fortbildungen	7
1.8 Statistik und Dokumentation.....	8
Beratung allgemein.....	8
2.1 Konzeptionelle Basis der Beratungsarbeit.....	8
2.2 Horizontaler Ansatz – Keine Hierarchisierung von Diskriminierungsmerkmalen.....	8
2.3 Qualifiziertes Personal	9
2.4 Transparenz, Datenschutz & Anonymität.....	9
2.5 Sicherung der Qualität	9
2.6 Parteilichkeit	10
LSBTI-spezifische Beratung	10
3.1 Allgemeines Hilfesystem.....	10
3.2 LSBTI-freundliches Hilfesystem	11
3.3 LSBTI-Fachwissen, Community-Hintergrundwissen, Wissen um Selbstdefinitionen, Individualität – gesellschaftliche Prozesse, Diskriminierungen, Auswirkungen von Diskriminierungen	11
3.4 Präsenz, Beteiligung an Diskursen	12
3.5 Eigene Haltung / Haltung des Trägers	12
3.6 „Betroffenheit“ der Beratenden.....	12
3.7 Empowerment	12
Impressum	13

Einleitung

Worum geht es?

Zur Gewährleistung eines qualifizierten Beratungsangebots stehen den von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen geförderten Projekten, die sich an lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen richten, zuwendungsgeförderte Stellen zur Verfügung. Gestartet oftmals mit Strukturen von Selbsthilfegruppen, haben die Projekte inzwischen unterschiedliche Profile und Angebote ausgebildet, die ihren Stärken, Ressourcen und Zielstellungen entsprechen. Das Ergebnis ist eine einmalig vielfältige Projektlandschaft. Bei allen Unterschieden der Projekte verbindet sie, dass sie lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Ratsuchenden ein professionelles Beratungsnetzwerk anbieten, das spezifische Zielgruppen anspricht und bestrebt ist, deren Bedarfe zu decken. Die Arbeit der Projekte gleichgeschlechtlicher Lebensweisen (ggLw)¹ berücksichtigt in hohem Maß Anforderungen an LSBTI-spezifische Beratung - eine Stärke, die das Alleinstellungsmerkmal des Beratungsangebots ist. Die Projekte bieten Menschen mit lesbischer schwuler, bisexueller, transgeschlechtlicher und intergeschlechtlicher Identität einen geschützten Beratungsrahmen, der mit den Lebensrealitäten und Problemlagen der Zielgruppe vertraut ist. Die Beratenden kennen sich in der ggLw-Projektlandschaft aus und können Ratsuchende ggf. weitervermitteln.

Ziel-Standards / Ist-Standards

Diese Beratungsarbeit fußt auf Qualitätsstandards, die bislang nicht trägerübergreifend fixiert worden waren. Sie sind in einem gemeinsamen Prozess entstanden. Das vorliegende Papier bündelt und erläutert die für die ggLw-Projekte relevanten, den Maßstab für qualifizierte Beratungsarbeit legenden Standards.

Bei den nachfolgend genannten Standards handelt es sich ausdrücklich um Zielstandards; der Grad ihrer Umsetzung variiert bei den einzelnen Trägern. In einzelnen Projekten, abhängig von unterschiedlichen personellen, finanziellen, räumlichen, strukturellen u.a. Bedingungen der Träger, werden diese Standards bereits heute weitgehend erfüllt (z.B. die genannten Standards Barrierefreiheit, Supervision oder die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Ungleichverhältnissen). Bei der Aufnahme neuer Träger und Projekte sollen diese Zielstandards vereinbart werden. Hohe Standards, z.B. hinsichtlich der Professionalität der Angebote, sollen jedoch nicht verhindern, dass z.B. auch Peer-Beratung durch Ehrenamtliche stattfindet. Hier weisen die Standards darauf hin, dass diese Ehrenamtlichen eine Grundqualifizierung und eine fachliche Begleitung benötigen.

Entwicklungsprozess der ggLw-Projekte

In den Qualitätsfortbildungen zum Thema „Beratung“ im Oktober 2010 und März 2011 haben die durch die Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung zuwendungsgeförderten ggLw-Projekte Standards an qualifizierte Beratungsarbeit für Lesben,

¹ Diese schließen auch einzelne Projekte zu Trans- und Intergeschlechtlichkeit ein.

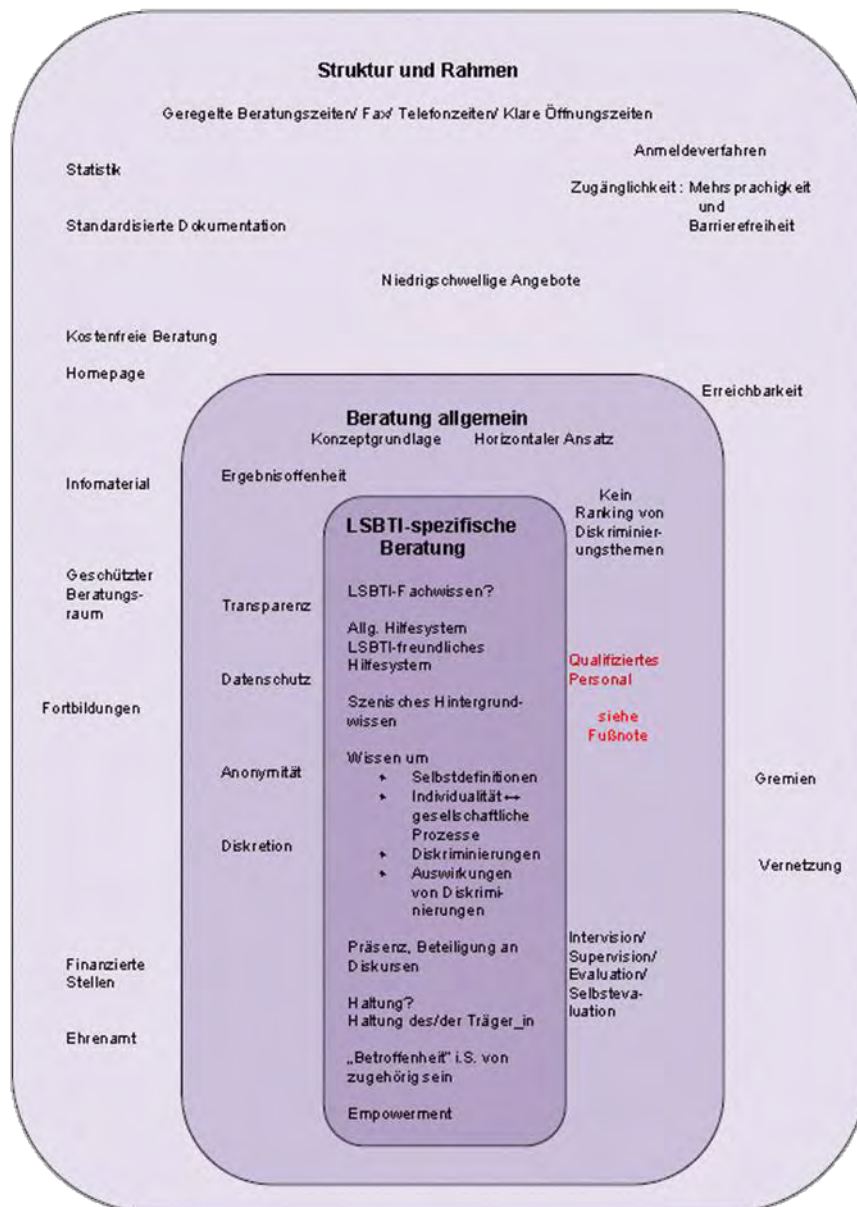
Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche (LSBTI) und queer lebende Menschen zusammengetragen und diskutiert.

Dieses Arbeitspapier liefert eine Zusammenschau über die qualifizierten Beratungsstandards im Kontext von LSBTI-Projekten.

Zielgruppe des Papiers sind zunächst die bereits senatsgeförderten ggLw-Projekte, die aktiv an der Ausgestaltung der Standards beteiligt gewesen sind und sie als Handreichung verstehen können, die eigene Beratungsarbeit mit den benannten Standards abzugleichen. Eine weitere Zielgruppe sind Vereine, Projekte und Träger, die erst in die Förderung der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung kommen möchten; sie erhalten hier eine Übersicht über Anforderungen, die eine Förderung qualitativ mit sich bringt. Für Beratende in psychosozialen Einrichtungen, die sich nicht speziell an LSBTI-Personen richten, gibt das Papier Hinweise auf die Qualität der Beratungen im ggLw-Netzwerk und ggf. auch Anregungen für die eigene Beratungstätigkeit.

Nachfolgend finden sich, zunächst in einer graphischen Darstellung, dann ausführlicher dargestellt und begründet, die im Zuge der Qualitätsfortbildungen benannten Standards an qualifizierte Beratungsarbeit für LSBTI, die auf drei Ebenen basieren:

- 1) Strukturelle Rahmenbedingungen,
- 2) die Beratung allgemein und
- 3) LSBTI-spezifische Beratung im Besonderen.



Struktur und Rahmen

Anhand der obigen Graphik werden im Folgenden die Standards in drei Kategorien rubriziert („Struktur und Rahmen“, „Beratung allgemein“ und „LSBTI-spezifische Beratung“) näher ausgeführt. „Struktur und Rahmen“ bildet den Auftakt und wird verstanden als z.B. räumliche, technische u.a. Rahmenbedingungen, die erst das „Gerüst“ für die Beratungsarbeit bilden.

1.1 Vor der Beratung

Qualifizierte Beratung bedarf eines unentgeltlichen, zeit- und ortsnahen Beratungsangebots mit geregelten Beratungszeiten, Telefon- und Öffnungszeiten, sowie Beratung in mehreren Sprachen, ggf. unterstützt durch Sprachmittler_innen.

Um den Betroffenen den Zugang zu Beratungsangeboten zu erleichtern bzw. überhaupt erst zu ermöglichen, gewährleisten die Träger geregelte Beratungszeiten und klare Öffnungszeiten; sie werden von den Einrichtungen festgelegt und nach außen kommuniziert, so dass Ratsuchende verlässliche Informationen über die Erreichbarkeit haben. Auch die telefonische Erreichbarkeit soll zu festen Zeiten möglich sein. Die institutionellen Abläufe berücksichtigen z.B. Berufstätigkeit und Kinderbetreuungsbedarf der ratsuchenden Personen.

Ein einfaches Anmeldeverfahren soll den Ratsuchenden ermöglichen, möglichst zeitnah einen Termin zu erhalten, um das jeweilige Anliegen vorzubringen. Die Beratung erfolgt kostenfrei. Ggf. werden (z.B. auf freiwilliger Spendenbasis) Beratungsreihen vereinbart.

Die Einrichtungen ermöglichen Beratungsangebote in mehreren Sprachen sowie sprachliche Vielfalt der Mitarbeitenden. In Fällen, in denen über die vorhandenen Sprachen hinaus Bedarfe an Sprachmittlung bestehen, recherchieren die Träger Sprachmittler bzw. Einrichtungen, die sich auf die Beratung in bestimmten Sprachen spezialisiert haben. Dazu gehört auch Gebärdensprachmittlung.

Die Träger verfügen über geschützte Beratungsräume, das heißt: Das Beratungsgespräch kann ohne Störung von außen oder Belästigungen im Umfeld in einem eigenen Raum stattfinden

Außer dem Beratungsangebot bieten die Träger weitere, niedrigschwellige Angebote an, die Ratsuchenden ermöglichen, eine Einrichtung kennenzulernen, ohne einen Beratungstermin wahrnehmen zu müssen. Zu niedrigschwelligen Angeboten können offene Gruppen, öffentliche Veranstaltungen, ein Café etc. zählen; Material zum eigenen wie zu Angeboten anderer Träger liegt gut sichtbar aus und ist kostenfrei erhältlich.

1.2 Barrierefreiheit

Die Barrierefreiheit dient der Zugänglichkeit des Beratungsangebots, unabhängig von individuell verschiedenen körperlichen, sprachlichen, kognitiven o.ä. Möglichkeiten. Bei der Schaffung (oder Umzügen bzw. Umbauten) von Beratungsstellen ist darauf zu achten, dass die Anforderungen von Ratsuchenden an

- die Räumlichkeiten (z.B. rollstuhlgerecht, ebenerdig, mit Rampe, Aufzug),
- Kommunikationsformen (aufgrund von Sprachbarrieren, Sinnesbeeinträchtigungen, kognitiven Einschränkungen etc.) sowie
- institutionelle Abläufe (z.B. ausreichende Pausen)

berücksichtigt werden.

Einschränkungen der Barrierefreiheit, die auf schwer veränderbaren strukturellen Gegebenheiten beruhen, werden Ratsuchenden im Vorfeld transparent gemacht (z.B. mittels Informationen auf der Homepage, in Flyern, in direkter Kommunikation). In Absprache mit der ratsuchenden Person werden individuelle Lösungsmöglichkeiten gesucht, damit das Beratungsangebot genutzt werden kann.

1.3 Finanzierte Stellen

Die Finanzierung der Beratungsstellen garantiert den Fortbestand und die anhaltende Qualität der Beratungsarbeit. Die Beratungsstellen verfolgen das Ziel gesicherter und kontinuierlicher Finanzierung von Personal, Honorarkräften und Sachmitteln. Ziel ist der Fortbestand und Ausbau des bestehenden Netzes an Beratungsangeboten für LSBTI.

1.4 Ehrenamt

Ehrenamtliche Mitarbeit durch Unterstützende wird wertgeschätzt und ermöglicht eine wichtige Ergänzung der finanzierten Arbeit, z.B. durch Gruppenleitungen oder die Durchführung von Freizeitaktivitäten. Fachlich gewährleisten die Beratungsstellen, den ehrenamtlich Tätigen zu ermöglichen, sich inhaltlich fortzubilden und entsprechend ihrer Kapazitäten und Kompetenzen in den Projekten mitzuarbeiten. Dass qualifizierte Arbeit teils finanziert, teils ehrenamtlich geleistet wird, erkennen die ggLw-Projekte als strukturelle Ungleichbehandlung an. Der inhaltliche Austausch über Möglichkeiten und Barrieren einer Überführung von ehrenamtlicher in finanzierte Arbeit wird ggf. in den ggLw-Projekten geführt.

1.5 Homepage

Auf den Homepages stellen die Träger aktuelle Kontakt- und weitere Informationen und Übersichten über ihre Angebote zur Verfügung. Die Internetseiten, die „Visitenkarten“ der Träger nach außen sollen allen Ratsuchenden zugänglich sein. Die Projekte verfolgen daher die Anstrengung, ihre Homepages barrierefrei zu gestalten, um sie z.B. für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen erreichbar zu machen, die sonst keinen selbstbestimmten Zugriff darauf nehmen könnten, und damit weitere Öffnungsprozesse zu ermöglichen. Dazu zählen auch in mehreren Sprachen vorhandene Informationen.

1.6 Gremien, Vernetzung

Qualifizierte Beratungsarbeit bedarf der Vernetzung der Akteure und Akteurinnen. Die Beratenden der ggLw-Projekte beteiligen sich an Fachgremien, als Referierende, Experten und Expertinnen, und sind untereinander kontinuierlich und anlassbezogen vernetzt. So gewährleisten sie, ihre Weitervermittlungskompetenz auszubauen, fachlich relevante Informationen zu erhalten und sich darüber auszutauschen, ihre Kenntnisse über die spezialisierten Angebote der Träger zu vertiefen bzw. einer (Fach-)Öffentlichkeit darzustellen, und sich an Diskursen und Diskussionsprozessen zu beteiligen etc.

1.7 Fortbildungen

Fortbildungen zu fachlich relevanten und angegliederten Themen gewährleisten die anhaltende Weiterentwicklung der Beratungsarbeit. An die Geschäftsführungen der ggLw-Projekte ist adressiert, Fortbildungen der Mitarbeiter_innen aktiv zu unterstützen.

1.8 Statistik und Dokumentation

Über persönliche und telefonische Beratungen, Online- u.a. Beratungen, Infogespräche und Präsentationen, Fortbildungen und Workshops führen die Projekte Statistiken, die der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) bekanntgemacht werden. Die Informationen fließen z.T. in den zweijährlich erscheinenden Transparenzbericht über die senatsgeförderten Projekte ein. Der Senatsverwaltung dienen die Zahlen zur Analyse und weiteren Steuerung. Für die geförderten Projekte wird so die Vergabepraxis des Fachbereichs für gleichgeschlechtliche Lebensweisen transparenter, für die Politik und Öffentlichkeit werden die Leistungen und Kosten im Einzelnen erkennbar. Einzelne Beratungsangebote stellen der LADS über die jährlichen Sachberichte hinaus anonymisierte Dokumentationen (z.B. zu Diskriminierungsfällen) zur Verfügung, die ebenfalls der Steuerung und fachlich-politischen Weiterentwicklung dienen.

Beratung allgemein

Nachfolgende Standards zielen nicht spezifisch auf die Arbeit mit LSBTI ab, sondern umfassen Punkte, die unabhängig von der Zielgruppe grundlegend für qualifizierte Beratungsarbeit sind.

2.1 Konzeptionelle Basis der Beratungsarbeit

Die Beratung findet auf einer umfassenden konzeptionellen Grundlage statt, die von den jeweiligen Trägern mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen als Voraussetzung einer Förderung abgestimmt und ihr bestätigt worden ist. Zielgruppen und Ziele des Beratungsangebots sind darin ebenso benannt wie Maßnahmen zur Zielerreichung.

2.2 Horizontaler Ansatz – Keine Hierarchisierung von Diskriminierungsmerkmalen

Die Beratungsstellen setzen sich mit gesellschaftlichen Ungleichverhältnissen auseinander, die zu individuell verschiedenen, auch strukturell bedingten Diskriminierungserfahrungen der Ratsuchenden führen können. Jede ratsuchende Person vereint verschiedene Merkmale in sich und kann aufgrund eines einzelnen Merkmals oder aufgrund ihrer Kombination Diskriminierung erfahren. Dazu zählen rassistische Zuschreibungen, die ethnische Herkunft, Staatsangehörigkeit, Religion / Weltanschauung, das Geschlecht, die sexuelle Identität, das Lebensalter, die soziale Zugehörigkeit oder eine Beeinträchtigung. Für Ratsuchende bedeutet dies, dass sie Unterstützung erhalten, unabhängig davon, aufgrund welchen Merkmals / welcher Merkmale sie benachteiligt wurden. Dadurch, dass ihre Erfahrungen nicht automatisch auf ein Merkmal reduziert werden, sollen Mehrfachdiskriminierungen und Diskriminierungen aufgrund spezifischer Merkmalskombinationen (etwa sexuelle Identität und ethnische Herkunft) als eigenständige Phänomene erkannt und verstanden werden, ohne die Ratsuchenden in ihrer Identität auf ein Merkmal oder ausgewählte Merkmale zu reduzieren. Dies ermöglicht die Entwicklung von umfassenden und wirksamen Interventionsstrategien.

2.3 Qualifiziertes Personal

Aus den ggLw-Projekten wurden folgende Anforderungen an die Beratenden formuliert: psychosoziale Kompetenz; Beratungskompetenz; interdisziplinäre Kompetenz; Diversity-Kompetenz; interkulturelle Kompetenz; Wissen um Mehrfachzugehörigkeit; Mehrsprachigkeit; Flexibilität. Bei Fortbildungsbedarf ist dieser durch die LADS und die ggLw-Projekte zu unterstützen.

Wissen um Mehrfachzugehörigkeit erweitert das Spektrum an Bedarfen und Interventionsstrategien; psychosoziale Kompetenz ist grundlegend für eine akzeptierende, fachlich fundierte Beratungsarbeit; Antidiskriminierungsberatung erfordert z.B. Kenntnisse und Anwendungsmöglichkeiten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und Interventionsstrategien im Diskriminierungsfall. Interdisziplinäre Kompetenz verwirklicht den Anspruch, den Ratsuchenden passgenaue Angebote machen zu können, die über das jeweilige Feld (z.B. psychosoziale Beratung) hinausgehen können. Mehrsprachigkeit der Beratenden erleichtert Menschen mit Sprachkenntnissen, die im jeweiligen regionalen Umfeld nicht mehrheitlich gesprochen werden, den Zugang zum Beratungsangebot.

Hauptamtliche bilden sich durch Fortbildung und (kollegiale) Supervision weiter. Für Ehrenamtliche sind eine Grundqualifizierung und eine regelmäßige Begleitung erforderlich.

2.4 Transparenz, Datenschutz & Anonymität

Durch den Erstkontakt soll die ratsuchende Person die Gelegenheit erhalten, für sich zu überprüfen und zu entscheiden, ob die jeweilige Beratungsstelle die ‚richtige Adresse‘ für ihren Bedarf ist. Hierbei ist es wichtig, der ratsuchenden Person ein möglichst realistisches Bild über Möglichkeiten und Grenzen der Beratungsstelle zu vermitteln.

Auch über die Verwendung der datenschutzrechtlich relevanten persönlichen Daten ist die ratsuchende Person im Erstgespräch zu informieren; möchte die ratsuchende Person anonym beraten werden, ist eine anonyme Beratung anzubieten und durchzuführen.

2.5 Sicherung der Qualität

Zur Qualitätssicherung und -erweiterung in der Beratungsarbeit nutzen die Mitarbeitenden der ggLw-Projekte verschiedene Instrumente. Sie stehen für kontinuierliche und systematische Selbstreflexion, kollegiale Beratung und Supervision ein. Evaluation dient als Instrument, um den Verlauf und die Ergebnisse der Beratungsprozesse zu dokumentieren, die Arbeit der Beratenden kritisch zu reflektieren und zu überprüfen, welchen Effekt die Beratungen (und weitere Angebote) bei den Ratsuchenden erzielt haben. Intervention und Supervision befördern im geschützten Rahmen den Austausch über Erlebnisse und Fälle der Beratungsarbeit, dienen der Entlastung und ermöglichen Perspektivwechsel der Beratenden. Sie erkennen und fördern die Kompetenzen und Ressourcen der Mitarbeitenden, erhalten und erweitern die Handlungsfähigkeit, erhöhen die Professionalität, schaffen Transparenz in Arbeitszusammenhängen, klären Konflikte, bieten Entscheidungshilfe bezüglich persönlicher und professioneller Haltungen sowie zum professionellen Vorgehen und lassen Interventionsmöglichkeiten finden.

2.6 Parteilichkeit

Parteilichkeit ist eine ethische Haltung. Parteilichkeit umfasst Empathie, Wertschätzung und Akzeptanz sowie Fokussierung auf Klienten und Klientinnen. Die beratende Person ist im Stande, die Perspektive der ratsuchenden Person einnehmen zu können.

Beratende wahren ihre eigenen Grenzen im Kontakt mit den Ratsuchenden. Sie intervenieren ggf. in Fällen von Diskriminierungsmechanismen, die in der Beratungssituation auftreten (z.B. im Fall gegenseitiger sexistischer/rassistischer Zuschreibungen in Paarberatungen). Dabei ist ihnen bewusst, dass es keine objektiven Kriterien für Grenzverletzung gibt. Auch Beratende sind nicht neutral, sie stehen selbst in einem spezifischen gesellschaftlichen Kontext. Wichtig ist, dass Gewalt- und Mehrfachdiskriminierungserfahrungen nicht individualisiert, sondern als Teil struktureller Ungleichbehandlungen anerkannt und benannt werden. Beratende orientieren sich an der Lebenswelt der Ratsuchenden und berücksichtigen wirkende gesellschaftliche Machtverhältnisse und deren individuelle Auswirkungen.

Die beraterische Haltung orientiert sich stets an der ratsuchenden Person. Ausgangspunkt der Beratungsarbeit sind daher die Ressourcen und Kompetenzen der Ratsuchenden sowie ihre Anliegen und Vorstellungen. Zu Beginn der Beratung ist es daher zentral, folgende Fragen zu klären, die einen möglichen Auftrag der ratsuchenden Person ergeben:

Welches Ergebnis möchte die ratsuchende Person erreichen? Welche Formen der Beratung, welche Handlungsoptionen und ggf. Interventionsstrategien kann die beratende Einrichtung anbieten bzw. anregen? Welche möglichen Konsequenzen hat dieses Vorgehen für die ratsuchende Person? Welche Grenzen setzt die ratsuchende Person der Beratungsarbeit? Welche Grenzen setzt die beratende Person der Beratungsarbeit?

Im Zuge eines gemeinsamen Aushandlungsprozesses wird ein Auftrag an die Beratungseinrichtung formuliert, der ggf. im Laufe des Beratungsprozesses angepasst werden kann. Er berücksichtigt neben den Möglichkeiten, Erwartungen und Anliegen der ratsuchenden Person das Angebot und die Ressourcen der Beratungsstelle.

LSBTI-spezifische Beratung

Indem sich das Beratungsangebot speziell an eine Klientel richtet, die Erfahrungen auf Grund ihrer sexuellen (lesbisch, schwul, bisexuell) und geschlechtlichen Identität (transgeschlechtlich, intergeschlechtlich) macht, besteht ein Bedarf an Kompetenzen, der weit über Kenntnisse des allgemeinen Hilfesystems hinausgeht und zielgruppenspezifische Expertise erfordert. Nachfolgend werden die Standards dargestellt, die ein ausdrücklich LSBTI-freundliches Hilfesystem ausmachen.

3.1 Allgemeines Hilfesystem

Die ggLw-Beratungsstellen gewährleisten, den Ratsuchenden Informationen über das allgemeine Hilfesystem zur Verfügung stellen zu können und nutzen außerdem Vernetzung, um kompetent weitervermitteln zu können. So wird das Ziel verfolgt, den Ratsu-

chenden auf den jeweiligen Bedarf passende Unterstützung zu gewährleisten, ihre Anliegen optimal zu unterstützen, ihnen zur Durchsetzung ihrer gesetzlichen Ansprüche zu verhelfen etc. Adressiert an das (z.B. psychosoziale oder zu Diskriminierung arbeitende) Hilfesystem finden Kontaktpflege und fachlicher Austausch statt, etwa durch Besuche, Telefonate, Fortbildungen, Arbeitskreise und Öffentlichkeitsarbeit.

3.2 LSBTI-freundliches Hilfesystem

Lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen und queer lebende Menschen können von den Trägern der Beratungsangebote erwarten, dass sie das Ziel realisieren, den Ratsuchenden einen diskriminierungsarmen Ort anzubieten, an dem (nicht nur) hinsichtlich sexueller und geschlechtlicher Identität ein *safer space* besteht (*safer space* verstanden als ein weitgehend geschütztes Umfeld, in dem Diskriminierungen auf Grund der sexuellen und geschlechtlichen Identität vorgebeugt wird bzw. das im Diskriminierungsfall, auch auf Grund anderer Merkmale, über sinnvolle Interventionsstrategien verfügt und diese anwendet). Durch Vernetzungen, Kooperationen, kollegialen Austausch und Fortbildungen wie z.B. die Qualitätsfortbildungen der LADS wird die Kompetenz befördert, ein LSBTI-freundliches Hilfesystem zu gewährleisten und aufrechtzuerhalten.

3.3 LSBTI-Fachwissen, Community-Hintergrundwissen, Wissen um Selbstdefinitionen, Individualität – gesellschaftliche Prozesse, Diskriminierungen, Auswirkungen von Diskriminierungen

Unabhängig von der eigenen sexuellen und geschlechtlichen Identität bringen die in der Beratung von LSBTI Tätigen Kenntnisse in möglichen Lebensrealitäten der Zielgruppen als grundlegende Voraussetzung für ihre Arbeit mit bzw. bilden sich darin fort (z.B. inneres und äußeres Coming-Out, rechtliche Grundlagen u.a.) Auch wenn die Auseinandersetzung und Fortbildung nicht Thema der Beratung sein muss, unterstützt sie das Beratungsklima dahingehend, dass die Ratsuchenden verlässlich davon ausgehen können, dass ihre Bedarfe und Lebensrealitäten den Beratenden nachvollziehbar sind, und sie ein akzeptierendes Klima hinsichtlich ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität garantiert wissen.

Die Beratenden wissen um gesellschaftliche Prozesse, Diskriminierungen und Auswirkungen von Diskriminierungen, und setzen sich mit diesen auseinander. Dazu zählen etwa rassistische, sexistische, homophobe, transphobe und alle Formen der Diskriminierung, die hier nicht explizit benannt sind, deren Überschneidungen sowie strukturelle Diskriminierung. Auch eine anhaltende Reflexion von Selbstdefinitionen und eigenen Zugehörigkeiten bzw. Zuschreibungen, Ein- und Ausschlüssen (der Beratenden selbst bzw. der zugehörigen Einrichtungen und ihrer Mitarbeiterschaft) befördert die qualifizierte Beratungsarbeit.

3.4 Präsenz, Beteiligung an Diskursen

Qualifizierte Beratungsarbeit wird idealerweise um die Beteiligung der Projekte an Diskursen ergänzt, z.B. zu Identitätspolitik und Queer-Theory, Geschlechter-Definitionen, Weiterentwicklung von Standards etc.

3.5 Eigene Haltung / Haltung des Trägers

Den Beratenden in den ggLw-Projekten ist bewusst, dass sie in das strukturelle System ihrer Träger eingebunden sind, deren Haltungen zu einzelnen der hier genannten Standards anders oder nicht ausformuliert sein können. Ziel ist es, in den ggLw-Projekten einen Grundstock an einvernehmlich abgestimmten, verbindlichen Standards zu entwickeln und zu gewährleisten, der für alle Träger verbindlich ist und neu hinzukommenden Trägern eine Orientierung bietet.

3.6 „Betroffenheit“ der Beratenden

Im Sinne von *eigener Zugehörigkeit* zu den Zielgruppen der LSBTI, verstehen Beratende in den ggLw-Projekten unter „Betroffenheit“ eine bereits erfolgte oder anhaltende eigene Auseinandersetzung mit Themen, die Ratsuchende aufgrund ihrer sexuellen Identität, geschlechtlichen Identität und weiterer Zugehörigkeiten machen können.

3.7 Empowerment

Die Beratungsarbeit verfolgt das Ziel, die Ratsuchenden zu bestärken, Erfahrungen von Selbstbestimmung und Selbstermächtigung zu machen. Die Ratsuchenden werden darin unterstützt, für ihre Rechte einzutreten, ihre Wahrnehmungen, Bedürfnisse und Forderungen werden bestärkt und sind grundlegend für die Beratung. Die Selbstermächtigung und das aktive Eintreten für eigene Rechte sind jedoch nur ein Aspekt des Empowerment, das nicht dazu führen soll, dass sich Ratsuchende auch in der Beratungssituation einem Leistungsdruck gegenüber sehen, der mit Erwartungen an ihre Eigenregie verbunden ist. Daher ist es Aufgabe der Projekte, das Beratungsangebot solidarisch um kollektive Strategien und Handlungsforen zu ergänzen, um auch auf dieser Ebene Empowerment zu fördern.

Impressum

Dieses Arbeitspapier ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Landes Berlin. Es ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Werbung für politische Parteien verwendet werden. Erarbeitet wurde das Papier von den senatsgeförderten Projekten gleichgeschlechtlicher Lebensweisen.

Überarbeitung:

Leo Yannick Wild, StandUp/Schwulenberatung Berlin im Auftrag der Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS)

Herausgeberin:

Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen
Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung
Oranienstr. 106 | 10969 Berlin
Telefon: 030-9028-1866
www.berlin.de/lads, www.berlin.de/lads/gglw
antidiskriminierungsstelle@senaif.berlin.de

Redaktion:

Lela Lähnemann
E-Mail: gleichgeschlechtliche@senaif.berlin.de

ViSdP.:

Pressestelle der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen

Onlineveröffentlichung, Berlin 2012

Akzeptanz *Berlin*
sexuelle Vielfalt
Selbstbestimmung
Berlin *sexuelle Vielfalt*
Selbstbestimmung
Akzeptanz